

Bildungspolitische Beilage der Schweizer Erziehungsrundschau 1/1987 = Supplément de la Revue suisse d'éducation 1/1987

Objekttyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse**

Band (Jahr): **60 (1987)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bildungspolitische Umfrage des VSP

Markus Kamber

An der Mitgliederversammlung des VSP vom 6. Juni 1986 wurde dem dort präsentierten PR-Konzept des Verbandes zugestimmt. Dieses verfolgt gleichzeitig zwei Ziele: Einerseits sollen Funktionen und Aufgaben des privaten Bildungs- und Erziehungswesens einer breiten Öffentlichkeit dargestellt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, dessen bildungspolitischen Einfluss zu verstärken. Das Konzept sieht als ersten Schritt eine Umfrage bei den VSP-Mitgliedern vor. Diese Umfrage ist im Sommer durchgeführt und ausgewertet worden. Nachstehend geben wir unseren Lesern die Ergebnisse in einer Kurzfassung bekannt. Wir möchten allen Schulen danken, die sich daran beteiligten.

Das Anliegen

Die Bestandesaufnahme lässt sich mit vier Fragekreisen umschreiben:

- Ist die Schule politisch interessiert?
- Stellen sich politisch interessierte Verbindungspersonen zur Verfügung?
- Ist die Schule zu lokaler politischer Aktivität bereit?
- Bestehen politische Anliegen der Schule, für deren Durchsetzung das konkrete Engagement des Verbandes erwünscht ist?

Von den 100 dem VSP angeschlossenen Schulen haben 82 den Fragebogen beantwortet.

Politisches Interesse

Die Antworten lassen sich in fünf Kategorien einteilen, wobei unter «politisch reagierend» diejenigen Schulen figurieren, die politische Themen nannten, bei denen die Entscheide bereits gefällt sind, von Einflussnahme also nicht mehr die Rede sein kann. Die an politischen Fragen desinteressierten Schulen wurden aufgeteilt in solche, die sich um die Politik nicht kümmern wollen und solche, die ausdrücklich ein politisches Engagement des VSP ablehnen.

In der Umfrage nannten die politisch inter-

VSP-Umfrage 1986
 über das politische Interesse.

Politisch motiviert	Politisch reagierend	Politische Interessen aber nicht kongruent	Passives politisches Desinteresse	Aktives politisches Desinteresse
37	5	6	31	3
sofortiges Engagement	politische Sensibilisierung	politischer Dialog	abwarten (evtl. SER)	orientieren (hoffentlich SER)

essierten Schulen die nachstehenden Themen am häufigsten:

- Verhältnis Staat/Privatschule
- Kommunale und kant. Steuergesetze
- Stipendienpolitische Vorlagen
- Die Ausbildung der Arztgehilfinnen
- Die Entwicklung der Erwachsenenbildung
- Die staatliche Anerkennung der Diplome von Privatschulen
- Mittelschul- und Maturitätsfragen

Konkretisierung

Es sind aus den verschiedensten Landesgegenden mehr als vierzig Verbindungspersonen gemeldet worden, über die es gelingen sollte, ein bildungspolitisch interessantes Netz zu knüpfen. Das örtliche und regionale Geschehen, welches die Privatschulen direkt oder indirekt tangieren könnte, wird künftig mit System und kritischer Aufmerksamkeit zu verfolgen sein. Es nützt nichts, die Faust im Sack zu machen, sondern der Fluss der bildungspolitischen Gesetz- und Verordnungsgebung ist frühzeitig mitzubestimmen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn politisch sensibilisierte Beobachter so organisiert werden, dass dem Willen zur Einflussnahme auch praktische Schritte folgen können.

Aus der Umfrage gingen gegen zwanzig Themen ein, von denen die Lieferanten wissen oder vermuten, dass sie in den nächsten zwei Jahren behandlungsreif sein werden. Die kritische Überprüfung dieser Liste zeigte indes, dass eine Reihe der genannten Geschäfte bereits weit fortgeschritten, eine Mitgestaltung also gar nicht mehr möglich ist. Auch diese Feststellung bestätigt den generellen Eindruck aus der Umfrage: Die Exponenten des privaten Schul- und Erziehungswesens sind politisch zu wenig interessiert oder haben in der Fülle ihrer pädagogischen und unternehmerischen Arbeit zu wenig Zeit, sich mit konkreter Politik zu beschäftigen. Erschwert wird diese dringende Aufgabe durch die Tatsache, dass das

politische Interesse antizipierend sein müsste, politische Geschäfte also gewissermassen frühgewittert und auf ihre bildungspolitische Relevanz hin geprüft und erkannt werden sollten.

Politische Eignung

Von den fast zwanzig Themen eignen sich nur wenige, um die gewünschte Tätigkeit entfalten zu können. Entweder handelt es sich um so schwerwiegende Brocken, dass der VSP überfordert wäre, oder es sind lokale politische Änderungen im Gang, welche die meldende Schule lieber selbst im Auge behält und nicht an die grosse Glocke zu hängen wünscht. Bei allem Verständnis für diese noble Diskretion muss doch unterstrichen werden, dass auch sie – genau wie der öffentliche Auftritt – ins Auge gehen kann. Wir haben davon auszugehen, dass das genehmigte PR-Konzept die Zielgruppen

- Öffentlichkeit
- Behörden und Politiker
- Eltern
- Lehrer und Schüler
- Schulleitungen
- ehemalige Schüler

ansprechen will, um Funktionen und Aufgaben der Privatschule publik zu machen und den bildungspolitischen Einfluss der Privatschulen zu stärken. Der Dialog mit lokalen Entscheidungsträgern mag zwar einer bestimmten Sache dienen, er ist jedoch nicht PR-wirksam.

Neben der bildungspolitischen Sensibilisierung gilt es wohl, noch ein weiteres zu lernen: Die Schulleiter werden ihre pädagogische Kreativität verstärkt auch für die Öffentlichkeitsarbeit in dem Sinne einsetzen müssen, dass manche politische Vorlage tatsächlich viel PR-lastiger ist, als sie auf Anhieb aussieht. Diese Fähigkeit zur Transformation politischen Alltagskrams zu wirksamem Auftritt muss bewusst entwickelt werden, wenn das Grundanliegen durchgesetzt werden soll.

Politique et éducation

Résultats de l'enquête effectuée auprès des membres de la Fédération des écoles privées de la Suisse alémanique et du Tessin.

C'est au cours de l'Assemblée générale du 6 juin 1986 que le principe général d'une activité de Relations-publiques fut présenté et unanimement approuvé.

Les deux buts poursuivis sont:

1. Faire connaître à un plus large public le rôle et les activités de l'enseignement privé.
2. Simultanément, renforcer son influence en matière de politique de l'éducation.

Le coup d'envoi fut donné par une enquête auprès des membres de la Fédération, dont nous rendons brièvement compte ci-dessous.

L'objectif

Comme il s'agit de devenir plus actif dans tous les domaines politiques touchant à la formation et à l'éducation, il convenait de cerner la situation actuelle:

- L'école s'intéresse-t-elle à la politique?
- Disposons-nous de collaborateurs ayant des relations avec le monde politique?
- L'école est-elle prête à assumer une activité politique locale?
- Y a-t-il des demandes politiques des écoles qui nécessiteraient un engagement concret de la Fédération.

Sur 100 écoles interrogées, 82 ont répondu à l'enquête.

Résultats (voir graphique en allemand)
Certaines écoles refusent toute activité

politique; d'autres estiment que ce n'est pas davantage le rôle de la Fédération.

Celles qui sont intéressées soulèvent les thèmes suivants, classés par ordre d'importance:

- Rapports entre l'Etat et les écoles privées
- Lois fiscales communales et cantonales
- Situation des bourses d'études
- Formation des assistantes-médicales
- Développement de l'éducation continue des adultes
- Reconnaissance par l'Etat des diplômes d'écoles privées
- Problèmes relatifs à l'enseignement secondaire et la Maturité.

L'action politique doit avoir pour cibles:

- Le «grand public»
- Les autorités et les politiciens
- Les parents
- Les maîtres et les élèves
- Les directions d'écoles
- Les anciens élèves

Dans chacune de ces catégories il reste beaucoup à faire. Les enseignants, par exemple, qui plus que d'autres sont directement intéressés à l'activité des écoles privées, sont trop peu informés et ne se sentent que rarement concernés.

Les directeurs qui ne consentent qu'avec peine à descendre des hauteurs de la pédagogie pour s'abaisser au niveau de la politique!

L'enquête a démontré qu'il existe une large demande d'initiative, une certaine volonté d'y parvenir, des engagements concrets et des moyens financiers qui devraient bientôt déboucher sur un résultat positif qui stimulera certainement les plus indécis.

Niederungen

Die Auswertung der Umfrage lässt deutlich auch erkennen, dass sich viele Schulleiter nicht mit politischen Dingen abgeben mögen. Sie wollen, um es bewusst pointiert zu sagen, nicht von den pädagogischen Höhen in die politischen Niederungen hinuntersteigen. Wie falsch diese Meinung ist, lässt sich mit dem Schlagwort «Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert» plakativ und prägnant umschreiben. Im vorliegenden Heft der Rundschau ist zu diesem Thema der Aufsatz von Nationalrat Heinz Allenspach publiziert. Auch dieser Aufsatz ist eine erste, kompetente Reaktion auf unsere Umfrage, eine erste Massnahme auch auf dem gewiss nicht unbeschwerlichen Weg zu unserem Ziel.

Involution

Selbst wenn alle Schulleiter bildungspolitisch sensibilisiert und interessiert wären, würde dies noch nicht genügen. Aus unserer Umfrage muss auch geschlossen werden, dass sich im besten Fall die Schulleitungen mit den bildungspolitischen Anliegen der Privatschulen identifizieren. Von den Lehrern, die eigentlich ins gleiche private Schulwesen integriert sind oder zumindest sein müssten, kaum ein Wort. Auch hier steht schwierige und wichtige Arbeit vor uns: Die Lehrer müssen in unsere bildungspolitischen Vorhaben involviert werden. Dies ist nur im Dialog möglich. Auf keinen Fall darf es angehen, was aus genereller Erfahrung doch fast vermutet werden muss: Lehrer, die sich etwas genießen, in einer Privatschule tätig zu sein. Wer sich mit seinem Arbeitsort und seinem Arbeitgeber quält, ist ein schlechter Bannerträger des Privatschulgedankens.

Wie weiter?

Die Umfrage war eine erste Etappe in unserem PR-Konzept. Sie ist abgeschlossen. Dass sie nicht überwältigend ausgefallen

ist, bestätigt gerade die Richtigkeit des PR-Konzepts: Es gibt im privaten Bildungs- und Erziehungswesen zu viel bildungspolitische Abstinenz!

Wir verfügen nun über die Grundlagen, um das Netz der politischen Tätigkeit knüpfen zu können. Noch etwas zaghaft, aber doch mit einigen Angelpunkten, an denen wir das noch papierne Vorhaben in die Tat umsetzen können.

Wichtig wird ab jetzt die aufmerksame, kritische und vorausschauende Beobachtung der bildungspolitischen Szene sein. Beobachten allein genügt jedoch nicht. Im Gleichschritt ist ein Meldesystem zu errichten, welches dieses bildungspolitische Geschehen möglichst landesweit registriert, gewichtet und konkrete Massnahmen in unserem Sinne auszulösen weiss. Mit den im PR-Konzept enthaltenen Budgetübersichten steht für die Realisierung der Massnahmen auch etwas Geld zur Verfügung. Wünschbar wäre natürlich auch bald ein Erfolgserlebnis. Selbst wenn es nur von lokaler Bedeutung wäre, stimulierende Wirkung hätte es bestimmt. Und diese Stimulanz benötigen wir dringend! Auch die «Politisierung» der Rundschau folgt diesem Gedanken.

Zum Abschluss ein Beispiel

Der Tageszeitung «der Bund» entnehmen wir am 4. Dezember 1986 folgende Notiz: *«Die Gemeinde Moosseedorf hat ihre Richtlinien für die Ausrichtung von Schulgeldbeiträgen überarbeitet. Als oberster Grundsatz des Gemeinderates gilt der Verzicht auf Zahlungen beim Besuch privater Schulen.»*

Dagegen nichts unternehmen? Solche Richtlinien-Änderungen resignierend zur Kenntnis nehmen? Ohne Frühwarnsystem und Einflussnahme sich weiter treiben lassen? Nicht in die Niederungen der Politik hinuntersteigen? Eigentlich müssten solche Fragen am Schluss einer Umfrage rhetorisch sein.